

**Rede des
Thüringer Ministers für Bau und Verkehr
Andreas Trautvetter**

**Stadtumbaukonferenz 2006
04.11.2006, 14:00 Uhr
Sonneberg**

Anrede,

Der durch die tägliche Arbeit aller hier Anwesenden umgesetzte Stadtumbau wurde und wird in den Thüringer Kommunen überwiegend als eine Chance verstanden. Trotz aller noch bestehenden Probleme ist dieser komplexe Prozess Stadtumbau bisher grundsätzlich positiv angelaufen.

Als zuständiger Minister möchte ich mich dafür an dieser Stelle bei Ihnen allen bedanken.

Wir wissen allerdings schon heute, dass die demographische Entwicklung in Thüringen wie sie in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung prognostiziert wird, noch wesentlich stärker in den relevanten Planungsvorstellungen und Handlungskonzepten des Landes und der Kommunen berücksichtigt werden muss.

Stadtumbauplanungen benötigen eine langfristige Planungssicherheit.

Das Land Thüringen wird sich daher auch weiterhin beim Bund dafür einsetzen, mehrjährige Verwaltungsvereinbarungen sowohl für Städtebau- als auch für die Wohnungsbauförderung mit dem Ziel durchzusetzen, eine höchstmögliche Planungs- und Finanzsicherheit zu erhalten.

In der aktuellen Koalitionsvereinbarung aber auch im Rahmen der Föderalismusreform hat sich der Bund eindeutig zur Weiterführung der gemeinsamen Verantwortung des Bundes mit den Ländern für den Stadtumbau ausgesprochen. Wir haben das Fortbestehen der Mischfinanzierung in diesem Förderbereich sehr positiv zur Kenntnis genommen.

Hiermit zeigt der Bund, dass er sich seiner Verantwortung bei der Unterstützung dieses langfristigen und komplexen Prozesses bewusst ist.

An dieser Stelle gilt mein Dank Herrn Professor Söfker, stellvertretend für die Bundesebene.

Natürlich haben wir auch zur Kenntnis genommen, dass der Bund - teilweise sehr zu Recht - zukünftig weit mehr als bisher sowohl auf die klare Zielsetzung von

Förderprogrammen als auch auf deren Evaluierung und Wirkungsbeobachtung Wert legen wird.

Thüringen stellt sich dieser Aufgabe ohne Vorbehalte. Im Rahmen der Begleitforschung zum Stadtumbau in Thüringen unterzieht der Freistaat nicht nur das gleichnamige Bund-Länder-Programm, sondern alle relevanten Städtebauförderungsprogramme einer fachgerechten Evaluierung.

An dieser Stelle nochmals meine Aufforderung an alle Kommunen, sich noch aktiver als bisher an der Wirkungsbeobachtung des Landes zu beteiligen.

Wie schon erwähnt, stellt dieses Monitoring keinen Selbstzweck dar.

Vielmehr ist es zum einen meine Überzeugung, dass ein derart komplexer Prozess wie der Umbau unserer Städte ohne fachliche fundierte Wirkungsbeobachtung und zwar auf Fördergebietsebene, nicht zu realisieren ist.

Zum anderen bietet die Auswertung auf Landebene die Grundlage für die Förderstrategie des Landes und für die seitens des Bundes vorgesehene Evaluierung.

Im Zusammenhang mit der stärkeren Erfolgskontrolle wird auch immer wieder die grundsätzliche zeitliche Befristung von Förderprogrammen ins Spiel gebracht.

An dieser Stelle meine dringende Bitte und Mahnung an die Verantwortlichen des Bundes:

Unsere Kommunen brauchen für die erfolgreiche Fortsetzung der bisherigen Leistungen im Bereich der „Langfristaufgabe Stadtumbau“ unbedingt Planungssicherheit!

Diese notwendige Kontinuität muss auch bei der künftigen Ausgestaltung sowohl des Programms Stadtumbau-Ost als auch der eng damit verflochtenen Programme des Städte- und Wohnungsbaus erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren,

rein zeitlich betrachtet befinden wir uns etwa in der Halbzeit des ursprünglich bis 2009 aufgelegten Programms Stadtumbau-Ost.

Wir haben von Beginn an darauf hingewiesen, dass im zweiten Teil der Laufzeit auch eine Reduzierung der Finanzhilfen stattfindet.

Die Auswertungen der Begleitforschung im Rahmen des aktuellen Monitoringberichts zeigen, dass jene Kommunen und Wohnungsunternehmen gut beraten waren, welche

frühzeitig und offensiv Entscheidungen zu Aufwertungen bzw. Abrissen getroffen haben.

Sofern diese Entscheidungen auf realistischen Prognosen und damit auch auf schlüssigen Entwicklungskonzepten aufgebaut wurden, ist in einigen Fällen bereits heute eine deutlich positive Entwicklung ablesbar.

Nochmals ganz deutlich: die Förderkonditionen werden nicht besser!

All jene, welche auch weiterhin lieber in der Abwartestellung verharren, könnten am Ende evtl. leer ausgehen.

Einer auf zukünftige Anforderungen ausgerichteten Stadtentwicklung wäre damit keinesfalls gedient.

Wie bereits angesprochen befindet sich das Programm Stadtumbau Ost im fünften Jahr seiner Laufzeit und damit haben wir bereits die Halbzeit erreicht.

Für Thüringen kann festgestellt werden, dass das Problem des anwachsenden strukturellen Wohnungsleerstandes entschärft werden konnte.

So konnten im Freistaat bis heute bereits mehr als 17.000 Wohnungen im Programm Stadtumbau-Rückbau und mehr als 4.000 Wohnungen über landeseigene Programme zurückgebaut wurden.

Mit den uns zur Verfügung stehenden Finanzhilfen in Höhe von rund 160 Mio. Euro können bis 2009 im Land etwa 40.000 dauerhaft leer stehende Wohnungen vom Markt genommen werden.

Das Erreichen dieser Zielstellung ist realistisch, bedarf aber weiterhin großer Anstrengung aller Beteiligten.

Bislang haben sich 68 Thüringer Städte und Gemeinden am Rückbauprogramm beteiligt. Damit sind über 91 Millionen Euro Rückbaufördermittel verplant.

Die in Thüringen praktizierte „Poolbildung“ im Rückbauteil wurde vom Bund inzwischen ausdrücklich bestätigt.

Deutlich gesagt werden muss aber auch dass nicht jeder gewünschte Rückbau gefördert werden kann.

Vielmehr muss eine deutliche Konzentration auf die Bereiche erfolgen muss, deren Rückbau die Voraussetzung für Aufwertungs- und Stabilisierungsmaßnahmen darstellt.

Meine Damen und Herren,

im Bereich der gewerblichen Wohnungswirtschaft Thüringens greifen die Instrumente des Stadtumbaus in Verbindung mit der Altschuldenhilfe.

Das zeigen unter anderem die deutliche Reduzierung des Leerstands und die verbesserte wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen.

Die institutionelle Wohnungswirtschaft trägt nach wie vor die Hauptlast des Rückbaus. Dadurch erfolgt eine Entlastung des Wohnungsmarktes in Teilsegmenten.

Die Verschiebung des Leerstands bewegt sich deutlich in Richtung privater Bestände. Allerdings – und das zeigen die Auswertungen der Begleitforschung - werden weiterhin fast in gleicher Zahl Wohnungen neu errichtet.

Insofern findet hauptsächlich eine Verschiebung des Angebotes statt.

Die neuen Wohnangebote müssen sorgfältig dahingehend überprüft werden, ob dadurch eine Erweiterung des Wohnungsangebots erreicht wird, die vorrangig der Aufwertung unserer Innenstädte dient – oder aber am Bedarf vorbei geplant wird.

Meine Damen und Herren,

neben entsprechender Finanzausstattung und Planungssicherheit sind zum Stadtumbau aber in erster Linie klare und schlüssige Entscheidungen auf kommunaler Ebene notwendig.

Das Land wird sich auch weiterhin für dafür geeignete Rahmenbedingungen einsetzen.

Die Thüringer Kommunen müssen jedoch auf der Grundlage ihrer fortgeschriebenen integrierten Entwicklungskonzepte verantwortlich zukunftstaugliche, das bedeutet heute vor allem „demografiefeste“, Entscheidungen treffen.

Nach deutlicher heißt das: Bei der Formulierung von Zielen darf das Einwerben von Finanzhilfen nicht die erste Frage sein. Vielmehr muss der Wille der Beteiligten vorhanden sein, mittels schlüssiger Planungen Lösungswege aufzuzeigen und diese konsequent mit realistischen Strategien umzusetzen.

Vertreter einiger Kommunen, die dieses Vorgehen bereits beispielhaft praktizieren, sind heute unter uns und können den Erfolg dieser Strategie sicher bestätigen.

Hohe Bedeutung besitzt auch weiterhin die ständige Fortschreibung der integrierten Stadtentwicklungskonzepte. Aufgrund der regionalen Verankerung des Stadtumbaus wird es dabei mehr als bisher auf die aktive Einbindung des Umlandes ankommen.

Unabhängig vom landesplanerischen Status erfüllen alle Städte und größeren ländlichen Gemeinden wichtige überörtliche Funktionen für das Umland.

Diese Tatsache kommt durch die Organisation der unterschiedlichsten Zweckverbände zum Ausdruck.

Im Sinne notwendiger Konzentration und Sicherung von Infrastruktur in unseren Städten ist die Einbeziehung des Umlands eine der wichtigen Aufgaben bei der Fortschreibung der Entwicklungskonzepte.

Passend zum Thema Infrastruktur – ein Wort zum Vorhaben des Bundes, die Finanzhilfen um 20 Millionen Euro aufzustocken, die vor allem für die Anpassung der sozialen und technischen Infrastruktur bestimmt sind.

Auch hier wieder ein Lob an die Verantwortlichen auf Seiten des Bundes!

Es ist wichtig, dass das lange ausgeblendete Problem der Infrastrukturanpassungen erkannt und ernst genommen wird.

Die Summe von 20 Millionen Euro wird allerdings die vorhandenen Probleme in ihrer jetzigen Dimension nicht lösen können.

Meine Befürchtung geht dahin, dass insbesondere bei den Kommunen mit dieser Ankündigung des Bundesbauministers Erwartungen geweckt werden und Druck erzeugt wird, dem später nicht standgehalten werden kann.

Stattdessen sollten sich nicht nur alle Fachkollegen sondern auch die in Verantwortung stehenden Politiker an dieser Stelle klar zu den Grenzen der Städtebauförderung positionieren.

Ich halte im Bereich der Infrastrukturanpassungen ressortübergreifende Lösungen auf Bundesebene für längst überfällig.

Dies schon allein deshalb, um diejenigen Mitbürger aufzuwecken, welche offenbar immer noch glauben der Stadtumbau in Deutschland ist allein durch den Abriss von Gebäuden kombiniert mit der städtebaulichen Aufwertung einiger Stadtgebiete zu meistern,.

Meine Damen und Herren,

bereits zu Beginn der Stadtumbaudiskussionen hat der Freistaat Thüringen die These vertreten hat, dass unsere Innenstädte nicht automatisch die Gewinner sind, wenn an den Rändern der Stadt Rückbau stattfindet.

Vielmehr schafft erst die konzentrierte Fortsetzung der klassischen Städtebauförderung, verbunden mit Maßnahmen zur wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und ökologischen Attraktivitätssteigerung die dafür notwendigen Voraussetzungen.

Innerhalb der heutigen Fachdiskussionen gilt es wiederum als unumstritten, dass die wirtschaftlichen und qualitativen Probleme einer Stadt ohne die Aufwertung des Bestands nicht zu lösen sind.

Thüringen steht heute nicht vor dem geforderten Kurswechsel im Stadtumbau: Mehr Aufwertung – weniger Abriss.

Einen Vorrang für einen der beiden Teile des Programms Stadtumbau-Ost - Abriss bzw. Aufwertung - hat es bei uns nie gegeben.

Meine Damen und Herren,

Wir alle haben festgestellt, dass sich der Stadtumbau wesentlich differenzierter vollzieht als zunächst angenommen. Entscheidend ist, dass jede Kommune eigene Ziele und Wege findet, die die Besonderheiten der jeweiligen Stadt berücksichtigt.

Das beste Konzept nützt jedoch nichts, wenn wir es nicht schaffen, die Akteure vor Ort dauerhaft gemeinsam an der Umsetzung der Konzepte arbeiten zu lassen.

Nur wenn eine ganzheitliche Betrachtungsweise verbunden mit einem Integrativen Handlungsansatz zur Anwendung kommt und nur wenn Wohnungsunternehmen, Träger der technischen und sozialen Infrastruktur sich gemeinsam mit den Bürgern ihrer Stadt aktiv an der Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Konzepte beteiligen, kann der Stadtumbau erfolgreich sein.

Meine Damen und Herren,

Es ist meine Überzeugung, dass sich im Zusammenhang mit dem Stadtumbau die Kommunen noch mehr als bisher als Wirtschaftsraum verstehen müssen.

Diese Sichtweise verbietet allerdings eine sektorale Betrachtung des Organismus Stadt.

Nicht zuletzt die Einbeziehung der städtischen Dimension in die europäische Strukturfondsförderung im Sinne der Erfahrungen der Gemeinschaftsinitiative Urban bestätigt diesen Ansatz.

Die Hauptziele werden auf EU-Ebene nicht von ungefähr mit Wachstum und Beschäftigung überschrieben.

Stadtentwicklung und lokale Wirtschaftsförderung müssen eine Einheit bilden.

Die bisherigen Stadtmarketinginitiativen des Wirtschaftsministeriums werden daher auch unter dem Oberbegriff Stadtumbau im TMBV weiter entwickelt.

Hindernisse auf diesem Weg gilt es offensiv zu begegnen.

Dazu gehört der Umgang mit Brachflächen ebenso wie ein darauf aufbauendes strategisch ausgerichtetes kommunales Flächenmanagement.

Eine gezielte kommunale Grundstückspolitik erscheint mir auf mittelfristige bzw. lange Sicht für die Gesamtstadtentwicklung ein wichtiger Schlüssel zu sein.

Unter Stadtumbauvoraussetzungen betrachtet erscheint auch hier eine ganzheitliche Herangehensweise wesentlich effizienter als Einzelinvestitionen in ausgewählte Grundstücke.

Hier denke ich nicht nur an die Übernahme von Vorfinanzierungskosten seitens der Kommunen sondern auch an einen gezielten Ankauf sämtlicher stadtentwicklungsrelevanter „Schlüsselgrundstücke“.

Entsprechende Hilfestellung dabei wird das Land z.B. in Form von Moderationen „Runder Tische“ anbieten.

Im Ergebnis eines Treffens zwischen mir und Vertretern der großen öffentlichen Grundstückseigentümer ist darüber hinaus eine Serie von Workshops zur kommunalen Grundstückspolitik geplant.

Die Landesebene ist an der Kenntnis der relevanten Probleme auf Praxisebene interessiert.

Um den Prozess aktiver unterstützen zu können, werde ich in den kommenden Monaten in Form von Vor-Ort-Terminen mit beteiligten Akteuren in ausgewählten Kommunen das Gespräch suchen.

Insoweit werde ich die durch unsere Fachabteilung in 2005 bereits begonnenen Stadtumbaugespräche vor Ort fortsetzen und um aktuelle Themenbereiche erweitern.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung nicht mehr betriebsnotwendiger Bahnflächen ist durch die Begründung eines Antragsrechtes der Gemeinden auf Entwidmung nach §23 AEG ein gewisser Handlungsdruck entstanden.

Um die Interessen der Bahn an einer optimalen wirtschaftlichen Verwertung mit den Interessen der Städte an einer städtebaulich sinnvollen Entwicklung der Flächen durch Interessenausgleich in Einklang zu bringen, kann u.U. externe Moderation nützlich sein.

In diesem Monat hat es unter Federführung des TMBV bereits Gespräche mit Vertretern der Bahn AG und dem Gemeinde- und Städtebund zu diesem Thema gegeben.

Ebenfalls wurden Gespräche mit öffentlichen Grundstückseigentümern im Landkreis Sonneberg durchgeführt. Herr Dr. Voigt von der Stadtverwaltung Sonneberg wird in seinem Vortrag sicher auch auf die Ergebnisse dieser Gespräche eingehen.

Meine Damen und Herren,

wie wichtig das Verständnis der Stadt als Wirtschaftsraum ist, wird deutlich, wenn wir uns bewusst machen, dass nur ein wirtschaftlich gesunder Organismus Stadt zukünftig in der Lage sein wird, einen - wenn auch bedarfsgerecht angepassten – Bestand an Infrastruktur vorhalten können wird.

Die Folgeprobleme des Bevölkerungsrückbaus für die vorhandene soziale Infrastruktur sind in den meisten Thüringer Kommunen erkannt und richtig bewertet. Die konzentrierte weitere Vorhaltung der sozialen aber auch der kulturellen Infrastrukturen unserer Städte sind ein wesentliches Pfand für deren Bedeutung gegenüber dem Umland.

Rückbau, Doppel- und Mehrfachnutzungen von entsprechenden Einrichtungen sind kein Tabu-Thema mehr, auf dem Weg einer garantierten Nachhaltigkeit.

So wichtig wie diese Infrastruktur der Städte für das Umland, so wichtig ist beispielsweise eine gut ausgestattete Schule für das Image eines zu stabilisierenden Stadtgebietes.

Ganz sicher betreten wir in diesen Bereichen die Grenzen der Städtebauförderung im klassischen Sinne.

Aber das TMBV tut das ganz bewusst und ich kann ihnen an dieser Stelle ankündigen, dass wir auch hier bereits Verhandlungen über ein Sanierungsprogramm für Schulgebäude in langfristig stabilisierbaren Stadtgebieten führen.

Ähnliches gilt selbstverständlich für das bereits angesprochene Thema der technischen Infrastrukturen.

Ob Trinkwasser, Fernwärme, Abwasser, Gas oder Strom – von der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung sind alle Netze betroffen und ein verspätetes oder ein Nicht-Reagieren darauf wird durch steigende Kosten zu erheblichen Standortnachteilen führen.

Auch hier ist eine intensive Koordination des Rückbaus aus gesamtstädtischer Sicht nach Standort und Zeitpunkt unerlässlich.

Das Stadtumbau-Programm versucht auch hier seinen Beitrag zu leisten.

Die dabei gesetzten Grenzen sollten allen Beteiligten jedoch sehr bewusst sein.

Meine Damen und Herren,

ich wiederhole mich bewusst, wenn ich nochmals anmahne, dass es uns viel intensiver als bisher gelingen muss, die ländliche und die städtische Dimension stärker zu verknüpfen.

Auch die Versorgungsleistungen in ländlichen Gemeinden passen sich den demographischen Veränderungen an.

In Fachkreisen wird daher zunehmend auch mit der Rückkehr älterer Bürger in die Städte gerechnet.

Deshalb müssen unsere Kleinstädte im ländlichen Raum zukünftig in der Lage sein, ihre Ankerfunktionen im ländlichen Raum zu erhalten bzw. auszubauen.

Städtekooperationen oder Fusionierungen sind dafür geeignete Instrumente.

Dies setzt allerdings auch voraus, dass auf Landesebene strategische, gemeindeübergreifende und integrierte Planungen verschiedener Ressorts gebündelt werden müssen. Auch hier erfolgt gegenwärtig eine Initiative meines Hauses u.a. zur Bündelung der integrierten ländlichen Entwicklungsplanungen mit den strategischen Konzepten der Landes- und Regionalplanung.

Auch im ländlichen Raum können Förderstrategien nur auf „demografiefeste“ und damit nachhaltige Entwicklungsstrategien aufbauen.

Meine Damen und Herren,

unsere gegenwärtige Hauptaufgabe ist es, die negativen Folgen der demographischen Entwicklung zu mildern.

Aufgrund seiner besonderen geschichtlichen und territorialen Entwicklung bleiben dabei der Schutz, die Aufwertung und die Weiterentwicklung der historischen Stadtstrukturen Landesziel in Thüringen.

Die Bündelung von Förderprogrammen und Initiativen bleibt fester Bestandteil der Förderstrategie des TMBV.

Mit unserer frühzeitig entwickelten „Thüringer innenstadtinitiative“ aber auch mit der bisher sehr erfolgreichen Initiative „Genial Zentral“ konnten und können wir alle wichtige Erfahrungen sammeln.

Wir stimmen daher auch mit dem Bund überein, dass die klassischen Instrumente der Städtebauförderung zukünftig noch stärker themenbezogener und damit

verlässlich nach dem Vorbild des Programms Stadtumbau ausgerichtet werden müssen.

Meine Damen und Herren,

wir alle sollten uns darüber bewusst sein, dass nach aktuellem Stand im Stadtumbau- Teil Rückbau nur bewirkt wird, dass sich die derzeitige Leerstandsquote nicht weiter erhöht.

Nach 2010 müssen die - hoffentlich durch die integrierten Stadtentwicklungskonzepte und das Stadtumbauprogramm bewirkten- richtigen Flächenentscheidungen durch weitere Investitionen nachhaltig unterstützt werden, um Nutzungszuführungen zu sichern.

Hier sehe ich insbesondere auch die örtliche Bauwirtschaft gefordert.

Meine Damen und Herren,

das die Folgen des demographischen Wandels praktisch alle Bereiche unseres Lebens betreffen, kann nach meinem Verständnis nicht dazu führen, dass wir im Stadtumbau Themen wie Baukultur und Qualität am Bau vernachlässigen. Das Gegenteil sollte der Fall sein: Dort wo weniger gebaut wird, muss ganz besonders auf hohe Qualität hingewirkt werden.

Der Begriff Baukultur sollte dabei aber keineswegs auf die Schönheit von Gebäuden und Gebäudeensembles reduziert werden.

Unter Baukultur sollten wir zum Beispiel auch Verfahren zur Aufstellung und Umsetzung von Stadtentwicklungskonzepten verstehen.

Dazu gehören die Einbeziehung aller relevanten Akteure, der Bürger sowie die Veranschaulichung von Ideen und Entscheidungsprozessen beim Stadtumbau.

Der Freistaat Thüringen bringt sich daher auch aktiv in den Aufbau eines „Europäischen Zentrums für Stadtumbau und Baukultur“ im Schloss Ettersburg ein.

Die Gründung eines solchen Zentrums bietet die Möglichkeit, Visionen und Ziele zur Entwicklung der Städte im europäischen Zusammenhang zu entwerfen.

Gegenseitige Weiterbildung bildet einen wichtigen Baustein des lernenden Programms Stadtumbau-Ost.

Im Rahmen dieses in Gründung befindlichen Zentrums arbeitet das TMBV daher auch eng mit Vertretern der Bauhaus-Uni und anderer Forschungseinrichtungen zusammen.

Meine Damen und Herren,

die heutige Konferenz bietet zur Halbzeit bei der Umsetzung des Bund-Länder-Programms zum Stadtumbau-Ost Gelegenheit zur Positionsbestimmung.

Alle im Freistaat Thüringen an diesem Prozess Beteiligten müssen sich hinter dem erreichten Stand nicht verstecken.

Gleichwohl bleiben jede Menge Herausforderungen bestehen, muss der eine oder andere in Zukunft mutiger auf diese Herausforderungen zugehen.

Ich wünsche mir nicht nur für heute die Fortsetzung der vertiefenden Diskussion dazu und hoffe auch, dass in der öffentlichen Wahrnehmung alle Folgen der demographischen Entwicklung weiterhin verantwortungsbewusst diskutiert werden.

Das Land ist zur Vorhaltung verstetigter Rahmenbedingungen für den Stadtumbau bereit.